



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 16.05.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:06 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Andreas Scholtyssek	Ausschussvorsitzender, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 18:47 Uhr
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 18:47 Uhr
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger
Gernot Nette	AfD Stadtratsfraktion Halle
Torsten Hahnel	Sachkundiger Einwohner
Hans-Jürgen Krause	Sachkundiger Einwohner
Andreas Müller	Sachkundiger Einwohner
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Dörthe Riedel	Referentin Geschäftsbereich für Stadtentwicklung und Umwelt
Kerstin Ruhl-Herpertz	Leiterin Fachbereich Umwelt
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Dana Schmalenberger	Sachbearbeiterin Team Gertraudenfriedhof Halle
René Müller	Quartiersmanager
Sarah Lange	Stellvertretende Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Lars Juister	Sachkundiger Einwohner
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner
Franziska Meusel	Sachkundige Einwohnerin
Werner Misch	Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Frau Dahms zum Trinkertreff Edeka Bülow**

Frau Dahms fragte, wann sich die Umstände verändern werden und wann das Ordnungsamt einschreiten wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand fragte, mit welchen Stadträtinnen und Stadträten sie in Kontakt getreten ist.

Frau Dahms antwortete, dass sie Kontakt zu Herrn Aldag und intensiven Kontakt mit dem Quartiersmanager Herrn Müller gehabt hat. Weiterhin schrieb sie eine Mail an den Oberbürgermeister, die SPD-Fraktion, Herrn Scholtyssek und die CDU.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat Herrn Teschner zur Ausführung der Tätigkeit des Ordnungsamtes.

Herr Teschner berichtete zur Präsenz des Ordnungsamts vor Ort (Gesundheitszentrum Silberhöhe und Wittenberger Straße):

- 2018 gab es 150 gezielte Kontrollen (Kontrollen im Rahmen der Streifentätigkeit sind darin noch nicht enthalten)
- 2018 wurden 8 Gefährdenansprachen durchgeführt und 1 Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Verstoßes gegen die Leinenpflicht eingeleitet
- auch das örtlich zuständige Polizeirevier Halle war eingebunden
- zusätzlich wurden im Zeitraum vom 14.09.2018 bis 12.10.2018 im zweitägigen Rhythmus, an insgesamt 15 Einsatztagen jeweils 17 bis 21 Uhr ein privater Sicherheitsdienst zur Präsenzstreife eingesetzt
- der Fußgängertunnel entlang des Ärztehauses wird zweimal wöchentlich gereinigt
- der Grünstreifen am Fußgängertunnel wird zusätzlich durch die Abteilung Stadtgrün und den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung gereinigt
- 24 vorhandene Papierkörbe werden dreimal wöchentlich geleert.

Herr Teschner sagte, dass Frau Dahms in der Vergangenheit nicht als Zeugin auftreten wollte.

Frau Dahms sagte, dass sie nicht gefragt worden ist.

Herr Teschner sagte, dass eine Zeugenaussage jederzeit möglich ist. Er merkte an, dass das Trinken von Alkohol in der Öffentlichkeit keine Straftat darstellt. Es bedarf eines konkreten Verstoßes. Des Weiteren betonte er die Aktivitäten der Stadt Halle (Saale), um aktiv und konstruktiv vor Ort zu agieren. Er sicherte zu, dass die Stadtverwaltung diese aufgezählten Aktivitäten fortsetzen wird.

Frau Dahms zeigte Bilder über Notdurftveräußernde und Vermüllung. Sie sagte, dass sie Ostern 2019 mehrere E-Mails mit Bildern an Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand gesandt hat. Des Weiteren merkte sie an, dass sie keine Präsenz des Ordnungsamtes wahrgenommen hat. Sie bat um Nennung der Zeiten.

Herr Teschner sagte, dass die Möglichkeit einer Anzeige besteht, um die Ordnungswidrigkeiten zu ahnden und schlug vor, dass sich die Einsatzkräfte, wenn sie vor Ort sind, bei Frau Dahms im Laden melden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ergänzte, dass der Fachbereich Planen in zwei Zukunftswerkstätten die Planungen für die Silberhöhe vorgestellt hat. Er sagte, dass ausführlich mit den Bürgern diskutiert worden ist. Frau Dahms beteiligte sich daran nicht. Des Weiteren bat er Herrn Müllern um Ausführungen zu den Aktivitäten der Stadt Halle (Saale), welche zahlreich durch Stadträtinnen und Stadträte unterstützt wurden.

Herr Müller, Quartiersmanager, berichtete anhand einer Präsentation über Ideen und Maßnahmen zur Stärkung der Silberhöhe.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

zu Herr Thomas zum Stadtbahnprogramm Stufe 3

Herr Thomas sagte, dass die Durchführung von Bürgerbeteiligung von Anfang an eine Empfehlung des ISEK ist. Des Weiteren teilte er mit, dass die Planungen zum Rosa-Luxemburg-Platz schon fortgeschritten sind. Er fragte, welche der Bäume gesichert bzw. gefährdet sind.

Herr Rebenstorf antwortete, dass keine Bäume gefällt werden und eine öffentliche Infoveranstaltung stattfinden wird. Der Termin wird bekanntgegeben.

Herr Thomas fragte, ob und wann eine Einwohnerversammlung stattfinden wird.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Veranstaltung als Workshop stattfinden wird. Der Termin wird aktuell noch abgestimmt.

zu Frau Lorenz zu ordnungsrechtlichen Angelegenheiten

Frau Lorenz nahm Bezug auf Frau Dahms Anfrage. Sie fragte, warum nicht öfter zivile Kräfte eingesetzt werden, um mehr Ordnungswidrigkeiten ahnden zu können. Des Weiteren sprach sie die Problematik mit Schrottautos an. Die Autos verlieren Öl und fahren ohne Plakette und ohne Kennzeichen.

Herr Teschner sagte, dass die Ordnungskräfte grundsätzlich uniformiert agieren, um Präsenz und Ansprechbarkeit zu signalisieren. Zivile Streifen werden ergänzend bei bestimmten Problemfeldern eingesetzt. Bezüglich der Autos teilte er mit, dass bei Kenntnisnahme die Fahrzeughalter angehalten werden, ihr stillgelegtes Auto zu entsorgen. Sollte eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen, wie auslaufendes Öl und somit eine Umweltgefährdung, wird sofort gehandelt. Diese Autos werden umgehend abgeschleppt.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Herrn Scholtyssek** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Scholtyssek bat, den Antrag TOP 5.2 und den dazugehörigen Änderungsantrag zu vertagen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.04.2019
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Zweite Änderung der Gebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05038
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04967
- 5.2. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Instandsetzung der Gehwege im Stadtteil Giebichenstein
Vorlage: VI/2019/04974 **VERTAGT**
- 5.2.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Instandsetzung der Gehwege im Stadtteil Giebichenstein (Vorlage Nr. VI/2019/04974)
Vorlage: VI/2019/05067 **VERTAGT**
- 5.3. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Ampelgriffen
Vorlage: VI/2019/04987
- 5.4. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterzeichnung der Erklärung „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“
Vorlage: VI/2019/04988

6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Anfrage der Stadträtin Marion Krischok zu Ordnungswidrigkeiten lt. Gefahrenabwehrverordnung
Vorlage: VI/2019/05145
7. Mitteilungen
- 7.1. Baumfällliste
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.04.2019

Herr Scholtyssek informierte, dass die öffentliche Niederschrift vom 11. April 2019 zur Bestätigung im Juni 2019 den Ausschussmitgliedern vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Zweite Änderung der Gebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05038

Frau Ruhl-Herpertz führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Dr. Fikentscher fragte, ob es einen Zuschuss für Erdbestattungen für Hinterlassene, die sich eine solche Bestattung nicht leisten können, gibt.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass über den Geschäftsbereich Bildung und Soziales Zuschüsse bei Bedürftigkeit beantragt werden können.

Herr Doege fragte, ob der Gerätepark auf die zunehmenden Urnenbestattungen angepasst ist.

Herr Rost antwortete, dass im Zuge der Friedhofsentwicklungskonzeption diese Belange aufgegriffen sind.

Herr Nette fragte, ob darüber nachgedacht wurde, die Friedhofsflächen zu verkleinern.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass man sich im Zuge der Friedhofsentwicklungsplanung bereits damit befasst.

Herr Nette sagte, dass Erdbestattung aufgrund von zu hohen Kosten nicht auf kommunalen Friedhöfen stattfinden.

Frau Ruhl-Herpertz merkte an, dass der allgemeine Trend von Erdbestattungen zurückgeht.

Frau Krischok bat um Erläuterung der Kalkulationszeiträume. Sie fragte, welchen Grund es für den zurückgegangenen Zuschussbedarf in der Mittelfristplanung gibt und wonach sich der grün-politische Wert bemisst.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass der grün-politische Wert sich nach dem Maßstab Kosten öffentliches Grün zu den Gesamtkosten Friedhof bemisst. Die dargestellten Prozente sind Rundungsabweichungen.

Frau Schmalenberger sagte, dass nur die Zahlen bis 2017 zur Kalkulation herangezogen wurden, um schnellstmöglich die Vorlage vorbereiten zu können.

Frau Krischok fragte, ob der grün-politische Wert verändert werden kann.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass ein Ermessen besteht, welches begründet werden muss.

Herr Müller fragte, wie sich die Kostensteigerung der Erdbestattungen prozentual zusammensetzt und ob sich die Steigerung ausschließlich aus dem Bodenrichtwert bemisst.

Frau Schmalenberger antwortete, dass sich der Bodenrichtwert nur im Bereich der Grabnutzungsrechte auswirkt. Des Weiteren sind die Gebühren für das Öffnen und Schließen der Erdbestattungen aufgrund von erhöhten Personal- und Sachkosten gestiegen.

Herr Müller fragte, ob es denkbar ist, die Art der Bestattung bis zu einer gewissen Quadratmeterzahl zu verallgemeinern.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass nach §5 KHG die Äquivalenzziffern (Art, Intensität, Größe der Inanspruchnahme) berücksichtigt werden müsse.

Herr Scholtyssek fragte, ob es Vergleichszahlen zu anderen Kommunen gibt.

Frau Ruhl-Herpertz sicherte eine Übersicht bis zum Finanzausschuss zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung der Beschlussvorlage bat.

zu 4.1 **Zweite Änderung der Gebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VI/2019/05038

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale).

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 5.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VI/2019/04967

Frau Krischok brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Scholtyssek fragte, welche Version des Antrages in Session die aktuelle ist.

Frau Krischok antwortete, dass die mittlere die aktuelle Version (2. Version 08.05.2019) ist.

Frau Winkler fragte, wie vorgegangen wird, wenn die Identitären einen Stand haben wollen.

Frau Krischok antwortete, dass die Mehrzahl nicht dieser politischen Seite angehört und, dass Demokratie eine Menge aushalten muss.

Herr Nette sagte, dass seiner Meinung nach 1 Quadratmeter vor Jahren kostenfrei war. Des Weiteren fragte er, ob eine Kostenerhebung befristet ausgesetzt werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, wenn ein Antrag auf Nutzung einer Zeltfläche von 10 Quadratmetern gestellt wird, zum einen die Gebühr für die Nutzung der Straße selbst und in jedem Fall die Verwaltungskosten zu entrichten sind.

Frau Krischok merkte an, dass unter §8 der Verwaltungskostensatzung Gebührenbefreiungen möglich sind.

Herr Juister bat im Beschlusspunkt auch Veranstalterinnen aufzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass unter §2 der Verwaltungskostensatzung die Funktionsbezeichnungen in weiblicher und männlicher Form gelten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass Herr **Scholtyssek** um Abstimmung des Antrags bat.

zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04967

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt
nach Änderungen

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt
nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

In § 8 (1) 6. der Verwaltungskostensatzung der Stadt Halle (Saale) wird Folgendes eingefügt:

- ~~c) Informationsstände u. ä. von nicht kommerziellen Veranstaltern, wie Vereinen, Verbänden, Parteien u. ä. zu zählen sind.~~
- c) Informationsveranstaltungen auf einer Fläche bis zu 10 m² von nicht kommerziellen Veranstaltern, wie Vereinen, Verbänden, Bürgerinitiativen und Parteien zu zählen sind.

zu 5.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Ampelgriffen
Vorlage: VI/2019/04987

Herr Koehn sagte, dass die Fraktion mit dem Vorschlag der Verwaltung, den Antrag in die Haushaltberatungen 2020 zu vertragen, einverstanden ist.

Herr Scholtyssek teilte mit, dass der Antrag somit vertagt ist.

zu 5.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Ampelgriffen
Vorlage: VI/2019/04987

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, insbesondere an den Haupttrouten des halleschen Radverkehrs (wie Merseburger Straße, Trothaer Straße, Reilstraße, Bernburger Straße, Geiststraße, Ludwig-Wucherer-Straße, Magdeburger Straße, Magistrale, Dessauer Straße, Paracelsusstraße, Delitzscher Straße usw.) bis zum 31.12.2020 die Ampeln, an denen es möglich ist, sukzessive mit sogenannten Ampelgriffen auszustatten.

**zu 5.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterzeichnung der Erklärung „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“
Vorlage: VI/2019/04988**

Herr Juister brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Scholtyssek fragte, was die Stadt Halle (Saale) bei einer Zustimmung umsetzen müsste, um die Ziele zu erfüllen.

Herr Juister antwortete, dass es keine unmittelbare Rechtsfolge gibt. Es handelt sich um eine reine Resolution.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung des Antrages bat.

**zu 5.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterzeichnung der Erklärung „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“
Vorlage: VI/2019/04988**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Die Stadt Halle (Saale) schließt sich der Erklärung „2030-Agenda – Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ (https://skew.engagement-glo-bal.de/files/2_Mediathek/Mediathek_Microsites/SKEW/Themen/Global_Nachhaltige_Kommune/Beschluesse_und_Papiere/Musterresolution_2030-Agenda.pdf) an. Stadtverwaltung und Stadtrat sind damit dazu angehalten, die von den Vereinten Nationen (VN) am 25. September 2015 verabschiedete 2030-Agenda und die darin enthaltenen Entwicklungsziele („Sustainable Development Goals“ (SDG)) im Rahmen der kommunalen Verantwortlichkeiten mit Leben zu erfüllen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Anfrage der Stadträtin Marion Krischok zu Ordnungswidrigkeiten lt. Gefahrenabwehrverordnung Vorlage: VI/2019/05145

Frau Krischok fragte, ob nach Tatbestand §15 Fälle vorlagen.

Herr Teschner verneinte dies.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Anmerkung: Die Baumfällliste ist in Session hinterlegt.

Frau Ruhl Herpertz ergänzte die Liste wie folgt:

- Ein Antrag einer Wohnungsgenossenschaft auf Fällung von 13 Bäumen in der Fischer-von-Erlach-Straße, welcher in Zusammenhang mit der Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit Tiefgarage unter dem Motto Grüne Mitte steht. Die Baumschutzkommission war dazu am 27. Juni 2018 vor Ort. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Koehn zur Abfallentsorgung Am Burgberg

Herr Koehn stellte eine schriftliche Anfrage zur Abfallentsorgung Am Burgberg:

„Aufgrund der veränderten Regularien zum Rückwärtsfahren in kleinen Straßen hat die HWS kleinere Müllfahrzeuge angeschafft, um auch künftig in kleineren Straßen die Müllentsorgung vornehmen zu können, ohne, dass die Anwohner ihre Tonnen bis zur nächstliegenden Hauptstraße bringen müssen. Diese Fahrzeuge (oder dieses Fahrzeug) sind mittlerweile im Einsatz. Allerdings wird damit nur der allgemeine Hausmüll abgeholt.

Daher fragen wir die Stadtverwaltung:

1. *Wie verhält es sich künftig mit Papier- und Biomüll sowie den gelben Tonnen? Ist auch dafür die Anschaffung kleinerer Fahrzeuge nötig sowie vorgesehen? Falls nicht: Warum nicht?“*

Herr Rebenstorf antwortete, dass die kleineren Fahrzeuge auch für die Entsorgung von Papier- und Biomüll zuständig sind.

zu 8.2 Herr Koehn zu Kontrollen und Sicherheit im Bereich des Hauptbahnhofs/Riebeckplatzes

Herr Koehn stellte eine schriftliche Anfrage zu Kontrollen und Sicherheit im Bereich Hauptbahnhof/Riebeckplatz:

„Passantinnen und Passanten, die zum Hauptbahnhof gehen/vom Hauptbahnhof kommen, beklagen sich immer wieder über gefährliche Situation, die zwischen Fußgängern, Straßenbahnen und Fahrradfahrern aufgrund der beengten Platzverhältnisse entstehen (z. B. auf dem Weg zwischen den Straßenbahnhaltstellen Hauptbahnhof und Ernst-Kamieth-Straße, Treppen zum Busbahnhof). Verschärft wird die Situation noch durch die Baustelle in der Westhalle des Bahnhofs und die zusätzliche Zuwegung zum Bahnsteig 1a.

Daher frage ich die Stadtverwaltung:

1. *Wie viele Unfälle (und welche) haben Polizei/Bundespolizei/Ordnungsamt in dem Bereich in den letzten 3 Jahren registriert?*
2. *Wie häufig kontrollierte 2018 und 2019 das Ordnungsamt den Bereich (z. B. die Einhaltung des Fahrverbotes für Fahrräder)?*
3. *Welche Maßnahmen können/müssten ergriffen werden, um die Gefahrensituation zu verringern (Verbotsschilder, häufigere Kontrollen o.ä.)?“*

Herr Teschner antwortete, dass vor Ort ein Verkehrsschild mit der Beschriftung: Radfahrer bitte absteigen! aufgestellt wurde.

Er nannte folgendes Unfallgeschehen:

Unfallgeschehen mit Beteiligung von Radfahrern, Fußgängern und Straßenbahnen im Bereich Bahnhof/Riebeckplatz

Jahr	Unfälle mit Beteiligung von Radfahrern (R)	Unfälle mit Beteiligung von Fußgängern (F)	Unfälle mit Beteiligung von Straßenbahnen (S)	davon Unfälle mit Kollision			
				R<->R	R<->F	R<->S	F<->S
2016	8	0	1	2	0	0	0
2017	5	2	2	2	1	0	0
2018	7	1	1	2	0	1	0
2019 (bis 31.03.)	3	0	1	1	0	1	0
Gesamt	23	3	5	7	1	2	0

Er sagte, dass sich die Unfälle überwiegend auf Grund des Fehlverhaltens von Radfahrern durch Missachtung der Straßenverkehrsordnung oder Unaufmerksamkeit ereignet haben. Bei 17 Unfällen wurden Radfahrer als Unfallverursacher benannt. Die Unfälle mit Beteiligung von Radfahrern haben sich insbesondere in den Bereichen untere Ebene des Riebeckplatzes und Hans-Dietrich-Genscher-Platz/Delitzscher Str. ereignet. Die 3 Unfälle mit Beteiligung von Fußgängern fanden ausschließlich im Bereich Hans-Dietrich-Genscher-Platz/Delitzscher Straße statt.

Zu Frage 2 sagte er, dass Kontrollen des fließenden Verkehrs durch die Polizei durchgeführt werden.

zu 8.3 Frau Winkler zu Wurzeleinwuchs in der Dessauer Straße

Frau Winkler stellte eine schriftliche Anfrage zu Wurzeleinwuchs in der Dessauer Straße:

„Wie unserer Fraktion mitgeteilt wurde, gibt es in der Dessauer Straße 55 ein Problem mit Wurzeleinwuchs. Dort wachsen Baumwurzeln in die Rohre und bis in die Keller. Dies hat zur Folge, dass Abflussrohre in dem Haus nicht mehr voll funktionsfähig sind, Gasheizungen schief stehen und durch die Anwohner Angst vor einer möglicherweise bestehenden Explosionsgefahr gibt. Das Grünflächenamt war wohl bereits im letzten Jahr vor Ort, ohne dass bis heute etwas unternommen wurde, um die Mängel zu beheben.“

Daher fragen wir:

1. *Wie ist der aktuelle Stand in der beschriebenen Angelegenheit? Hat die Stadtverwaltung bereits Maßnahmen ergriffen?*
2. *Wann ist mit einer Mängelbeseitigung zu rechnen?“*

Herr Rebenstorf antwortete, dass der Vorfall der Stadtverwaltung bekannt ist. Aktuell erfolgt eine Schadensaufnahme, um dann das weitere Vorgehen planen zu können.

zu 8.4 Herr Koehn zu Frischluftzonen

Herr Koehn sagte, dass Anfang der 90er Jahre darüber gesprochen wurde, dass die Frischluftschneisen aus der Heide Richtung Halle freigehalten werden müssen. Es ist wichtig, für künftige Planungen eine weitere Versiegelung der Frischluftzonen nach Halle-Neustadt/ Innenstadt zu unterbinden.

Herr Rebenstorf sagte, dass der Hinweis bei der Flächennutzungsplanung mit berücksichtigt wird.

zu 8.5 Frau Winkler zu Verkehrszählungen auf der HES

Frau Winkler sagte, dass im Oktober 2018 videogestützte Verkehrszählungen an der HES durchgeführt wurden. Für 2019 waren Vergleichszählungen geplant, um die durch die Fertigstellung der HES eingetretenen Veränderungen beschreiben zu können. Sie fragte, ob bereits Ergebnisse einer solchen Vergleichszählung vorliegen und wenn ja, welche Auswirkungen die Freigabe der Ost-Tangente auf das Verkehrsaufkommen in angrenzenden Gebieten hat.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Messungen aktuell durchgeführt werden. Die Ergebnisse werden voraussichtlich im September 2019 vorliegen und dann den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

zu 8.6 Frau Krischok zur Friedhofsentwicklungsplanung

Frau Krischok bat um einen aktuellen Stand zur Friedhofsentwicklungsplanung.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass sich die Stadt mit der notwendigen Umsetzung in den nächsten Jahresscheiben befasst. Aktuell erfolgt eine Ausschreibung für einen/eine neuen/neue Leiter/in der Abteilung Friedhof.

zu 8.7 Frau Krischok zum Friedhof Dölau

Frau Krischok fragte, ob es bereits Gespräche zum Friedhof Dölau gab.

Herr Rebenstorf antwortete, dass sich die Stadtverwaltung mit der Kirchengemeinde in Verbindung gesetzt hat. In der Gemeinde wird es durch Neuwahlen im Herbst 2019 einen personellen Wechsel geben. Die Gemeinde bat um einen Aufschub bis eine personelle Neuaufstellung erfolgt ist.

zu 8.8 Frau Krischok zur Fahrradstaffel

Frau Krischok fragte, wann die 10 Stellen für die Fahrradstaffel ausgeschrieben werden.

Herr Teschner antwortete, dass die Stellenausschreibungen mit entsprechendem Tätigkeitsmerkmal noch im Mai 2019 erfolgen sollen.

zu 8.9 Frau Krischok zum Projektplan 2018 und 2019

Frau Krischok fragte, wann die Grünflächenpflegekonzeption, Hochwasserschutzkonzeption und Fortschreibung des Klimaschutzes erfolgen wird. Weiterhin fragte sie, wann der Projektplan für 2019 veröffentlicht wird.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Grünflächenpflegekonzeption zu den Haushaltsberatungen eingebracht wird. Das Hochwasserschutzkonzept wurde extern vergeben. Rückmeldungen diesbezüglich stehen noch aus.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ergänzte, dass der Projektplan ein interner Plan der Verwaltung ist. Dieser wurde öffentlich beraten. Die Inhalte sind dem entsprechenden Protokoll zu entnehmen.

zu 8.10 Frau Krischok zu Hundewiesen

Frau Krischok fragte, ob es Planungen gibt, eine Wiese auf dem Hundeplatz im Stadtpark anzulegen. Des Weiteren sagte sie, dass eine Vielzahl der Hundewiesen nicht eingezäunt ist. Sie fragte nach den Unfällen in diesen Bereichen.

Herr Rost sagte, dass der Hundeplatz im Stadtpark als Hundewiese hergestellt wurde. Durch den Nutzungsdruck gibt es Probleme, den Rasen dauerhaft zu erhalten.

Für die Hundeflächen in den freien Landschaften ist keine Einzäunung geplant, um den Tieren einen großen Auslauf zu ermöglichen. Probleme oder Unfälle in diesen Bereichen sind nicht bekannt.

zu 8.11 Frau Krischok zum Beauftragten für Sicherheit

Frau Krischok sagte, dass Herr Richter als Beauftragter für Sicherheit seit Längerem in der Stadtverwaltung tätig ist. Sie bat um nähere Informationen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass Herr Richter als erfahrener Kriminalbeamter zum 1. Dezember 2012 gebeten wurde ist, diese Ratgeberfunktion für den Oberbürgermeister ehrenamtlich wahrzunehmen.

zu 8.12 Herr Doege zu einer mündlichen Anfrage OUA

Herr Doege fragte nach der ausstehenden Beantwortung seiner Anfrage zum Stadtbahnprogramm.

Herr Rebenstorf sicherte eine zeitnahe Beantwortung zu.

zu 8.13 Herr Doege zur Fahrradstaffel

Herr Doege fragte, welche Aufgabe die Fahrradstaffel haben wird.

Herr Teschner antwortete, dass die Fahrradstreife eine Ergänzung der Präsenzstreife ist. Mit dem Fahrrad können Bereiche durchfahren werden, in denen ein Kfz nicht zugelassen ist.

zu 8.14 Herr Aldag zum August-Bebel-Platz

Herr Aldag sagte, dass der Wiesenbereich am August-Bebel-Platz mit Pollern abgegrenzt werden sollte. Er fragte nach dem aktuellen Stand.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.15 Herr Aldag zu Baumpflanzungen in der Beesener Straße

Herr Aldag sagte, dass neue Bäume zwischen der Kantstraße und Robert-Koch-Straße, am Neubau in der Beesener Straße, gepflanzt werden sollten. Er fragte, wann die Pflanzungen erfolgen.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.16 Herr Müller zum Fachbereich Umwelt

Herr Müller nahm Bezug zum Organigramm der Stadtverwaltung und bat um Klärung, weshalb nur die Dölauer Heide in der Bewirtschaftung der Wälder aufgezählt wird.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass beispielhaft Aufgaben des Fachbereiches Umwelt dargestellt werden.

Herr Müller merkte an, dass dies suggeriert, dass nur die Dölauer Heide bewirtschaftet wird.

Frau Ruhl-Herpertz sicherte eine interne Prüfung zu.

zu 8.17 Herr Scholtyssek zum Budget Forst

Herr Scholtyssek sagte, dass für den Bereich Forst ein Budget im Zuge der Haushaltsberatungen eingestellt wurde. Er fragte, wofür das Budget eingesetzt wurde.

Frau Ruhl-Herpertz bat um eine Präzisierung.

Herr Scholtyssek sicherte eine schriftliche Anfrage zu.

zu 8.18 Frau Krischok zu mündlichen Anfragen

Frau Krischok fragte, ob die ausstehenden Beantwortungen der letzten Sitzung noch beantwortete werden.

Herr Scholtyssek bat um Nennung der Fragen.

Frau Krischok zählte folgende auf: Öffentliche Toilette Am Steintor, Beleuchtung Murmanskener Straße und Mängelliste Feuerwehr.

Herr Teschner und **Herr Rebenstorf** sicherten eine zeitnahe Beantwortung zu.

zu Erklärung des Oberbürgermeisters Dr. Wiegand zur Einwohneranfrage Frau Dahms

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand gab eine Erklärung zur Einwohneranfrage von Frau Dahms ab:

Die Aussagen von Frau Dahms sind richtigzustellen. Er wies folgende Aussagen zurück:

- dass die Ordnungskräfte nicht fähig sind;
- dass Herr Dr. Wiegand die tatsächlichen Probleme ignoriere.

Des Weiteren teilte er mit, dass folgende Aussage so nicht getätigt wurde:

- Wenn es einem nicht passe, könne man ja wegsehen.

Herr Scholtyssek merkte an, dass die Bürgerin nicht mehr Zuschauerin der Sitzung ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass er zu jeder Zeit eine persönliche Erklärung abgeben kann.

zu 8.19 Herr Scholtyssek zum Lärmschutz im Thaerviertel

Herr Scholtyssek fragte nach dem aktuellen Stand zu den Gesprächen mit der Deutschen Bahn zum Lärmschutz im Thaerviertel.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Gespräche mit der Deutschen Bahn und dem Eigentümer des Bauvereins morgen Vormittag stattfinden.

Herr Scholtyssek bat darum, über die Ergebnisse des Gespräches im Ausschuss zu berichten.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Scholtyssek beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Andreas Scholtyssek
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
stellvertretende Protokollführerin